

Politischer Protest und Mobilisierung von Bürgern im Spiegel der Presse in der Slowakei, Slowenien und Ungarn 1993

Szabo, Mate

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Szabo, M. (1996). *Politischer Protest und Mobilisierung von Bürgern im Spiegel der Presse in der Slowakei, Slowenien und Ungarn 1993*. (Berichte / BIÖst, 24-1996). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-42464>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1996 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln, Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110

ISSN 0435-7183

Inhalt

Seite

Kurzfassung	
.....	
3	
1. Politischer Protest als vernachlässigter Aspekt der Postkommunismus-Forschung	
.....	
5	
2. Das Projekt zur Erforschung von postkommunistischen Protestkulturen: Konzept, Methode, Zielsetzung	
.....	
6	
3. Protestkultur in der Phase der Institutionalisierung: Quellen der vergleichenden Analyse "Protestkulturen in Mittelosteuropa"	
.....	
8	
4. Quantitative Aspekte des Protests	
.....	
10	
5. Die Organisation und Finanzierung des Protests	
.....	
13	
6. Vergleich der Auswirkung politischer Rahmenbedingungen auf die Protestkultur	
.....	
17	
Grad der Inklusivität/Exklusivität der Institutionen hinsichtlich des Protests.....	18
Zentralisierung/Dezentralisierung der Institutionen und des Protests....	19
"Korporatismus".....	20
Konfrontation-Konsens.....	21
7. Typologie der Protestkulturen Ostmitteleuropas.....	22
Anhang	
.....	
25	
Summary	
.....	
28	

15. April 1996

Dieser Bericht ist aus einem Forschungsauftrag des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien hervorgegangen.

Der Verfasser ist Professor an der Eötvös-Loránd-Universität, Budapest.

Redaktion: Gyula Józsa

Máté Szabó

**Politischer Protest und Mobilisierung von Bürgern
im Spiegel der Presse in der Slowakei, Slowenien und Ungarn 1993**

Bericht des BIOst Nr. 24/1996

Kurzfassung

Vorbemerkung

Politischer Protest wird in den postkommunistischen Systemen manchmal als ein Destabilisierungsfaktor für Demokratie und Marktwirtschaft angesehen. Obwohl es mit Sicherheit auch anti-demokratische und gegen die Marktwirtschaft gerichtete Protestbewegungen gibt, ist "Protestkultur" - mit friedlicher Artikulation der Ansprüche einer Zivilgesellschaft - ein wichtiges Element der Bürgerpartizipation und der demokratischen politischen Kultur in Ostmitteleuropa.

In der Kommunismusforschung konnten die im Westen entwickelten Methoden der Untersuchung von Protestereignissen anhand von Presseberichten nicht angewendet werden, da sich keine freie Presse entfalten konnte. Die sozialistischen Systeme manipulierten die Presse und die Massenmedien; über politische Proteste zu berichten war für Journalisten ein Tabu. Erst seit 1989 entstand in den postkommunistischen Ländern eine neue Protestkultur, und in der neuen Medienlandschaft wurde jetzt über die neuen Konflikte und Protestformen berichtet.

Die anhand jeweils einer ungarischen, slowakischen und slowenischen Tageszeitung sowie einer Wochenzeitung für das Jahr 1993 vorgenommene Untersuchung dokumentiert alle Protestereignisse in den drei Ländern, über die berichtet wurde. Unter den vielfältigen Aspekten der Datenbank sind hier Dauer, Teilnehmerzahl, die Relation zur Bevölkerungszahl und die Organisation der Proteste analysiert und eine Typologie der Länder anhand der politischen Rahmenbedingungen und der Protestkultur entwickelt worden.

Ergebnisse

1. Die größten Protestbewegungen - nach Dauer und Teilnehmerzahl - lassen sich für Slowenien dokumentieren, dann folgen Ungarn und die Slowakei. Die am meisten verbreitete Protestart in Slowenien, nämlich organisierte und ökonomisch ausgerichtete Aktionen, ist für die neue Politik eine geringere Herausforderung als die in jeder Hinsicht - Dauer, Anzahl usw. - bescheideneren, aber politisch orientierten Proteste in Ungarn und in der Slowakei, wo die Protestkultur von starken politischen Konflikten der jeweiligen Regierung mit ethnischen Minderheiten und verschiedenen politischen Gruppierungen geprägt ist.
2. Proteste sind in allen drei Ländern in hohem Maße organisiert, vor allem von Organisationen der Zivilgesellschaft, wie z.B. von Gewerkschaften und sonstigen Interessenverbänden. Die Annahme, daß Konflikte der vorkommunistischen Politik im Postkommunismus wiederbelebt werden, kann an der Mobilisierung von ethnischen Minderheiten und Bauern festgestellt werden, allerdings nicht im Fall der Kirche. Nach den Untersuchungsergebnissen gibt es in Ostmitteleuropa ethnische Konflikte, jedoch nicht in zugespitzter Form, so daß sie nicht zu gewaltsamen Auseinandersetzungen wie in den Nachfolgestaaten der So-

wjetunion und Jugoslawiens führen werden.

Durch dieses Merkmal, das in unterschiedlichem Grad für alle drei Länder kennzeichnend ist, kann die Protestkultur in den Aufbauprozess einer demokratischen politischen Kultur integriert werden.

3. Die These, daß sich Proteste in der Institutionalisierungs- und Konsolidierungsphase der Demokratie erübrigen und marginal werden, muß revidiert werden. Verhandlungen, Interessenartikulation und Mobilisierung sind relevante Teile politischer Prozesse der pluralistischen Gesellschaft, an denen viele Organisationen (Parteien, Gewerkschaften, Vereine etc.) teilnehmen können. Politische und soziale Proteste sind ein wichtiges Element demokratischer Stabilisierung und ein wichtiges Glied im politischen Willensbildungsprozess.

Charakter und Qualität der Protestkultur hängen weitgehend von den Strukturen der politischen Rahmenbedingungen ab. Die gewaltfreie Lösung von politischen und sozialen Konflikten ist nicht nur Leitidee und Legitimationsgrundlage demokratischer Institutionen, sondern dient auch dem Aufbau einer konsensorientierten Protestkultur.

Als wichtige Indikatoren für die Analyse und Typologie von Protestkulturen und politischen Rahmenbedingungen wurden Inklusivität-Exklusivität, Zentralisierung-Dezentralisierung, Korporatismus und Konfrontativität-Konsensorientierung bestimmt. Am Beispiel Sloweniens wird aufgezeigt, daß breitangelegter und intensiver Protest, falls er systemkonform, legal und konsensorientiert ist, nicht als Destabilisierungsfaktor wirken muß. In der Slowakei hingegen herrscht zwar ein quantitativ geringer, aber aggressiv und gewaltsam ausgerichteter Protest vor, so daß eine solche Protestkultur einer zivilgesellschaftlichen Demokratisierung als Ausgangspunkt wohl kaum dienlich ist.

4. Eines der wichtigsten Ergebnisse der Untersuchung besteht darin, daß sie dokumentiert, wie komplex und differenziert die Struktur der in den drei Ländern existierenden protestierenden Gruppierungen einige Jahre nach der Auflösung eines Systems ist, das alle Protestaktionen streng verfolgte und auf die Artikulation von Bürgerpartizipation und Protest in jeder Form repressiv reagierte. Eine Vielzahl sozialer Gruppen - von ethnischen Minderheiten bis zu Taxifahrern - wird mobilisiert und benutzt die verschiedenen Protestformen, um ihre Ansprüche gegenüber den Machthabern in den neuen Demokratien friedlich zu artikulieren. Diese Tatsache ist als Zeichen demokratischer Mündigkeit und Resultat des langen Reifungsprozesses demokratischer politischer Kultur anzusehen.

Während nach den berühmten Kategorien von Albert O. Hirschmann im Kommunismus für die Untertanen des Systems nur die Optionen fast totaler Konformität/Loyalität und die des "Ausgangs" (exit) - Emigration, Subkulturen, Devianz usw. - bestanden, haben die Bürger in den neuen Demokratien einen legalisierten Freiraum für "Widerspruch", die Möglichkeit, ihre Ansprüche in bezug auf die bestehende sozialpolitische Ordnung in verfassungsmäßig geregelter Form zu artikulieren und für die gesetzten Ziele persönliche und materielle Ressourcen in der Öffentlichkeit zu mobilisieren. Die Option des "Ausgangs" - von der Regelverletzung, Gewaltanwendung usw. - besteht in postkommunistischen Demokratien fort, ist aber gegenüber den neuen, institutionalisierten Alternativen des "Widerspruchs" schwieriger zu legitimieren als im kommunistischen System. Deswegen sind die Protestbewegungen von "gestern" gezwungen, ihre Strategien schnell den neuen institutionellen und politischen Rahmenbedingungen anzupassen.

1. Politischer Protest als vernachlässigter Aspekt der Postkommunismus-Forschung

Politischer Protest als Ausdrucksform demokratischen Partizipationsbestrebens und Gestaltungswillens, als Teil des Prozesses demokratischer Willensbildung war bislang selten Gegenstand politikwissenschaftlicher Erforschung der postsozialistischen bzw. postkommunistischen Staaten.¹ In den Handbüchern über die politischen Systeme des neuen Mittelosteuropas befaßt sich kein Kapitel mit sozialen Bewegungen und politischem Protest.² Parteien, Gewerkschaften und "Massen-" oder "Bürgerbewegungen" als Akteure politischer Kultur werden wahrgenommen, es wird über Prozesse ihrer politischen Partizipation berichtet, aber über die Rolle der weniger organisierten und formalisierten Integrationsformen der "Zivilgesellschaft" im Stabilisierungsprozeß wird eher nur allgemein nachgedacht.³

Die Mobilisierung von Protestbewegungen ist demnach ein allgemein vernachlässigtes Gebiet der politikwissenschaftlichen Forschung.⁴ Organisierte Akteure sind einfacher zu identifizieren, ihr Verhalten und ihre Existenz sind einfacher zu dokumentieren und zu quantifizieren als flexible, informelle Netzwerke von Bewegungen und anderen Akteuren der Zivilgesellschaft. Parteien und Gewerkschaften sind durch Wahlen und korporatistisches "bargaining" einflußreich, während die Auswirkung von Protestbewegungen auf die Politik manchmal indirekt und kaum nachweisbar ist. Auch institutionalisierte Machträger sind auf die Mobilisierung gesellschaftlicher Unterstützung angewiesen: Parteien bauen Jugend- und sonstige Organisationen auf, die Gewerkschaften sind in ihrer "bargaining power" auf die Möglichkeit des Protests in Form von Streiks angewiesen. Die Mobilisierung von Protest als nicht konventionelle Form der Bürgerpartizipation hängt direkt und indirekt mit den Wandlungsprozessen des konventionellen Wählerverhaltens und des korporatistischen "bargaining" zusammen.⁵ Die vermeintlichen Probleme der Dokumentierung und Quantifizierung von Protestverhalten sind mit angemessenen Methoden durchaus zu lösen.

Als antikommunistische Ausdrucksformen der Opposition standen Protestbewegungen während der Krisenperiode kommunistischer Systeme im Mittelpunkt der Osteuropaforschung:⁶ Menschenrechtsbewegungen, Umweltschutzinitiativen, kirchlicher Protest, unterdrückte Minderheiten

¹ Sidney Tarrow, Aiming on a moving target. Social science and the recent rebellions in Eastern Europe, in: Political science & politics, Jg. 24, Nr. 1, 1991, S. 12ff.

² Klaus von Beyme, Systemwechsel in Osteuropa, Frankfurt am Main 1994; Gerd Joachim Glaessner, Demokratie nach dem Ende des Kommunismus, Opladen 1994; Claus Offe, Der Tunnel am Ende des Lichts. Erkundungen der politischen Transformation im neuen Osten, Frankfurt am Main u.a. 1994.

³ Wolfgang Merkel, Democratic consolidation and civil society: problems of democratic consolidation in East Central Europe, in: Adolf Bibic/Gigi Graziano (Ed.), Civil society, political society, democracy, Ljubljana 1994, S. 325ff; Stephen White u.a., Communist and postcommunist political systems, New York 1990, S. 289ff.

⁴ Klaus von Beyme, Political mobilization and participation, in: Meinolf Dierkes/Bernd Bienvert (Hg.), European social science in transition, Frankfurt am Main u.a. 1992, S. 371ff; Dieter Rucht (Ed.), Research on social movements, Frankfurt am Main 1991.

⁵ Max Kaase, Zur Entwicklung von konventionellen und unkonventionellen Formen politischer Beteiligung in westlichen Demokratien, in: Wolfgang Luthardt (Hg.), Westliche Demokratien und Interessenvermittlung, Marburg 1993, S. 17ff; Russel J. Dalton, Citizens, protest and democracy, in: The Annals of the American Academy of Political and Social Science, vol. 528, July 1993.

⁶ Vladimir Tismaneanu (Ed.), In search of civil society, New York u.a. 1990.; Sabrina P. Ramet, Social currents in Eastern Europe, Durham u.a. 1991; Judith B. Sedaitis/Jim Butterfield (Ed.), Perestroika from below. Social movements in the Soviet Union, Boulder 1991.

und Reformer innerhalb der kommunistischen Systeme galten engagierten Analytikern in den westlichen Demokratien als Hoffnungsträger für eine demokratische Transformation des Ostblocks. Einige dieser Bewegungen haben sich in dem neuen System zu institutionalisierten und etablierten Machtfaktoren in Form von Parteien oder Gewerkschaften entwickelt, andere sind verschwunden oder nehmen politisch marginale Positionen ein.

Protestbewegungen haben ihre eigenen "Lebenszyklen"⁷, die in Osteuropa mit den Prozessen des demokratischen Systemwandels zusammenhängen. Während die antikommunistischen Bewegungen weitgehend zum Stillstand gekommen sind, verursachen die Aufbauprobleme von Marktwirtschaft und Demokratie neue, die Menschen mobilisierende Konflikte und Protestbewegungen.⁸

Diese Bewegungen werden in den postkommunistischen Demokratien manchmal als Destabilisierungsfaktoren, als Störung des Demokratisierungsprozesses angesehen, weil die Annahme verbreitet ist, daß diese Systeme sich jetzt in einer Periode der Institutionalisierung und Stabilisierung befinden, in der es insbesondere auf die organisierten Akteure als Verantwortliche für den Aufbau der neuen Institutionen ankommt.⁹ Postkommunistische Bewegungen und Proteste sind unter dem Gesichtspunkt der Demokratisierung differenzierter und ambivalenter zu interpretieren als die antikommunistischen des alten Systems. Die im Kommunismus unterdrückten sozialen Initiativen waren gegen einen gemeinsamen Gegner, den "Parteistaat", gerichtet, und die verschiedenen oppositionellen Bewegungen waren auf Solidarität untereinander angewiesen. Ihre Organisations- und Protestformen waren durch die für jeden antistatistischen Protest geltenden massiven Restriktionen und Repressionen des Systems einander ähnlich. Nach der Wende können sich Bewegungen und Gegenbewegungen in der Gesellschaft nunmehr frei entfalten; die neue Protestkultur ist ein differenzierter Kontext, in dem Gegner und Befürworter von Demokratisierung und Modernisierung sich frei äußern und mobilisieren können. Mit der Existenz auch antidemokratischer Bewegungen und Initiativen läßt sich jedoch nicht die Behauptung begründen - die aber manchmal als stillschweigende Schlußfolgerung bei Analytikern vorzufinden ist, die sich an die frühere These S.P. Huntingtons¹⁰ über die Institutionalisierung von Demokratie halten -, daß jegliche Form von Protest den Erfolg der Transformation aufs Spiel setze und Friedhofsruhe Bedingung für demokratische Konsolidierung sei.

2. Das Projekt zur Erforschung von postkommunistischen Protestkulturen: Konzept, Methode, Zielsetzung

Unter Protest wird hier die Manifestation sozialpolitischer Konflikte in Form von Aktivitäten kollektiver Akteure verstanden, mit denen öffentlich artikulierte Ziele und Ansprüche durch öffentliche Mobilisierung gesellschaftlicher Unterstützung und materielle bzw. persönliche Ressourcen ausgedrückt und implementiert werden sollen.¹¹ Proteste können gewaltfrei und nicht gewaltfrei, mit oder ohne Störung der öffentlichen Ordnung, legal oder illegal, organisiert oder spontan

⁷ Otthein Rammstedt, *Soziale Bewegung*, Frankfurt am Main 1987, 137ff.

⁸ Máté Szabó, Die Rolle von sozialen Bewegungen im Systemwandel in Osteuropa, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, Nr. 3, 1991; ders., Der Systemwechsel und die sozialen Bewegungen in Ostmitteleuropa, in: *Berliner Debatte Initial*, Nr. 2, 1995.; ders., Vom Regimewechsel zum Regierungswechsel. Politischer Protest in Ungarn, in: Balla Bálint/Anton Sterbling (Hg.), *Soziologie und Geschichte, Geschichte der Soziologie. Beiträge zur Osteuropaforschung*, Hamburg 1994, S. 223ff.

⁹ Ellen Bos, Die Rolle von Eliten und kollektiven Akteuren in Transitionsprozessen, in: Wolfgang Merkel (Hg.), *Systemwechsel. Bd. 1: Theorien, Ansätze und Konzeptionen*, Opladen 1994, S. 81ff; Giuseppe Di Palma, *To craft democracies*, Berkeley 1990, S. 137ff.

¹⁰ Vgl. Samuel P. Huntington, *Political order in changing societies*, New Haven 1968.

verlaufen. Nach diesen Kriterien werden sie in verschiedene Typen und Radikalitätsstufen eingeteilt.¹²

Protest sollte begrifflich weder mit Revolution noch mit Verbrechen verwechselt werden, obwohl die Grenzen zwischen den drei Phänomenen zuweilen durchlässig sind. Revolutionen oder Systemwechsel sind allgemeine, übergreifende Prozesse, in deren Rahmen ganze Protest- und Gegenprotestwellen entstehen können. Einzelne Protestaktionen und Kampagnen können Teil dieser allgemeinen Mobilisierung werden. Proteste sind keine allgemeine Aufruhr gegen das System an sich, können aber in Krisenzeiten dazu werden. Außerdem sind sie öffentlich, im Gegensatz zu den im geheimen ausgeführten Verbrechen. Gewalt gegen Personen und Sachen, Mord, Verletzung und Enteignung können aus der Ablehnung der bestehenden Ordnung heraus erfolgen; wenn dies jedoch nicht mit öffentlich artikulierten und erlaubten Zielen verbunden ist und nicht der öffentlichen Mobilisierung von Unterstützung dient, so fällt es unter die Kategorie "gewöhnliche oder politische Kriminalität". Die Grenze zwischen Protest und Verbrechen ist z.B. im Falle von Terrorismus durchlässig; in einigen Fällen gehört zum Protest eben auch Illegalität.

Motive, Ziele und Akteure des Protests sind differenziert und vielfältig.¹³ Von Politik bis zu Religion, von etablierten Parteien bis zum informellen Freundeskreis können viele und vielfältige Formen, Zielsetzungen und Akteure Teil der Protestkultur einer Gesellschaft sein. Proteste entfalten sich innerhalb der gegebenen politischen, sozialen und kulturellen Rahmenbedingungen, weswegen auch unterschiedliche Protestkulturen entstehen, je nachdem, ob es sich um autoritäre Systeme oder Demokratien, westlich-christliche oder Stammesgesellschaften usw. handelt. Dementsprechend unterscheiden sich auch die Entwicklungsstadien bzw. Typen der Protestkultur. So kann die Mobilisierungsphase, in der es zur quantitativen Erweiterung und zum Auftreten qualitativ neuer Formen des politischen Protestes kommt, von der Phase der Institutionalisierung unterschieden werden, in der sich die früheren Protestbewegungen etablieren, es somit weniger Protestaktionen gibt und die Keimformen qualitativ neuer Protestarten gerade erst entwickelt werden. Protestkulturen sind differenzierte Komplexe von Protestsubkulturen: Arbeitnehmer und Arbeitgeber, Junge und Alte, Rassisten und Nichtrassisten protestieren anders, mit unterschiedlichen Zielsetzungen, allerdings in einer relativ einheitlichen Protestkultur als Ganzes, die von den gemeinsamen politischen, sozialen, kulturellen und rechtlichen Rahmenbedingungen bestimmt wird. So kann von einer Protestkultur Ungarns oder West- bzw. Ostmitteleuropas oder auch von der sich voneinander oder von dem Gesamtkomplex unterscheidenden Protestsubkultur der ungarischen Jugendlichen, der Arbeitnehmer oder der Intellektuellen gesprochen werden, die zu einem bestimmten Zeitpunkt parallel und symbiotisch existieren.

Es gibt viele Untersuchungsmethoden für Protestaktionen und ihre Komplexe aus Kampagnen und Mobilisierungsphasen, die je nach Ziel und Aufgabe der Analyse variieren.¹⁴ Ohne hier auf die einzelnen möglichen Methoden und Ansätze einzugehen, sollen nur die methodologischen Grundlagen des 1993-1994 durchgeführten Projekts kurz vorgestellt werden.

Öffentlich sind in erster Linie die dokumentierten Proteste, und eine seit den 60er Jahren verbreitete Form ihrer Analyse sind Presseberichte.¹⁵ Diese Methode konnte bislang im Rahmen der

¹¹ Charles Tilly, *From mobilization to revolution*, New York 1978, S. 23, 35ff; Dieter Rucht u.a., *Dokumentation und Analyse von Protestereignissen*, FS III 92-103 WZB, Berlin 1992, S. 4ff; Dieter Rucht u.a., *Quantitative Inhaltsanalyse zur Erforschung sozialer Bewegungen*, in: Ulrich von Alemann/Wolfgang Tönnemann (Hg.), *Einführung in die Methoden der Politikwissenschaft*, Hagen 1994, S. 229ff.

¹² Joachim Raschke, *Soziale Bewegungen*, Frankfurt am Main 1985, S. 274ff.

¹³ Ebenda, S. 105-117, 165-187, 358-367.

¹⁴ Mario Dyani/Ron Eyeran (Ed.), *Studying collective action*, London 1992.

¹⁵ Dieter Rucht/Thomas Ohlemacher, *Protest event data*, in: Mario Dyani/Ron Eyeran (Ed.), a.a.O., S. 76ff.

Kommunismusforschung nicht verwendet werden, weil die offizielle Presse kommunistischer Systeme als Quelle für die Dokumentation antisystemischer Proteste ungeeignet war. Es wurden zwar westliche Presseberichte und Samisdat- bzw. Underground-Erzeugnisse bei Analysen benutzt, allerdings unter begründeten Vorbehalten hinsichtlich der fehlenden bzw. manipulierten öffentlichen Information in einem System, das seine Legitimation teilweise auf systematischer und institutionalisierter Geheimhaltung jeglicher Proteste baute.

Nach der Wende 1989 haben sich in den postkommunistischen Ländern relativ schnell Strukturen von Öffentlichkeit und Vielfalt in den Presseorganen herausgebildet, was die Anwendung der im Laufe von Jahrzehnten entwickelten westlichen Untersuchungsmethoden zur Inhaltsanalyse von Presseberichten ermöglichte.¹⁶

Protest als Ausdrucksform demokratischer Willensbildung war in der politischen Kultur der mitteleuropäischen Region lange eine Mangelware. Weder in den vorkommunistischen noch in den kommunistischen Systemen der untersuchten Länder konnte es friedlichen Protest gegen die herrschende Politik ohne Angst vor politischer Repression geben.¹⁷ Dennoch kann Mitteleuropa, verglichen mit den Traditionen des zaristischen Rußland oder der Balkan-Region, auf Jahrzehnte ziviler Freiheit und Rechtsstaatlichkeit in der Habsburger Monarchie 1871-1914, auf eine Demokratie in der Tschechoslowakei der Zwischenkriegszeit, auf eine relative Liberalität des Tito-Jugoslawiens, in deren Genuß Slowenien kam, und auf die Öffnungsperioden der kommunistischen Systeme in Ungarn und in der Tschechoslowakei 1956 bzw. 1968 und Ende der 80er Jahre zurückblicken. Die in diesen Ländern vorhandenen Traditionen und Erfahrungen im Hinblick auf friedliche Demonstrationen, Petitionen und andere Formen partieller Regelverletzung als ziviler Ungehorsam der demokratischen Opposition zeigen sich darin, daß sich in dieser Region die Proteste im Verlauf der postkommunistischen Entwicklung nicht zu gewaltsamen ethnischen Konflikten und Bürgerkriegen auswuchsen. "Protest mit Maß" gehört zum Alltag der neuen Demokratien Mittelosteuropas.

3. Protestkultur in der Phase der Institutionalisierung: Quellen der vergleichenden Analyse "Protestkulturen in Mitteleuropa"

1993 sind in den drei untersuchten Ländern - Slowakei, Slowenien und Ungarn - die turbulenten Konflikte und Proteste im Zusammenhang mit dem Machtwechsel und dem Rahmen des neuen Staates in ein relativ ruhiges Stadium getreten. Dieses Jahr war für die Slowakei das erste Jahr der Unabhängigkeit, für Slowenien das zweite; Ungarn befand sich inmitten der ersten Legislaturperiode des frei gewählten Parlaments. Im Jahre 1993 gab es in diesen Ländern keine Wahlen, so daß die Mobilisierung von Protest nicht von Wahlkampagnen politischer Parteien überschattet wurde. Dieses Jahr ist deswegen geeignet, als eine Bestandsaufnahme der Protestkulturen zu dienen, weil es den Beginn der Konsolidierung der neuen Demokratien darstellt, in der die institutionellen Rahmenbedingungen des Protests, Elemente von Grundrechten und Rechtsstaatlichkeit, Pressefreiheit, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit in der Verfassung und in der politischen Wirklichkeit als "Umfeld" des Protests zu betrachten sind. 1993 waren Proteste in den untersuchten Ländern nach der revolutionären Aufbruchphase 1989-1990 politischer Alltag geworden, in dem die Akteure von damals bereits etablierte Machthaber waren oder ihre außerparlamentarischen Aktivitäten als neue demokratische Protestbewegungen fortsetzten.

¹⁶ Susan Olzak, Analysis of events in the study of collective action, in: Annual Review of Sociology, Jg. 15, 1989, S. 119ff.

¹⁷ Bernd Bonwetsch/Manfred Grieger, Kleine Osteuropakunde, Dortmund 1991.

Die Protestereignisse (PE) in jedem Land wurden jeweils auf der Grundlage einer Tages- und einer Wochenzeitung erfaßt. Dieses Projekt wurde von Central European University/Open Society Institute Research Support Scheme finanziert und das Manuskript am Institute of Advanced Studies der Netherlands Academy of Sciences, Wassenaar, erstellt. Es wurden eher als liberal und alternativ geltende Blätter der neuen Medienlandschaft ausgewählt, die politischem Protest wahrscheinlich offener gegenüberstehen als konservative oder postkommunistische Blätter. Die Beschränkung auf eine Tages- und eine Wochenzeitung wurde natürlich auch von den begrenzten Mitteln diktiert, denn es wäre ein beträchtlicher Gewinn gewesen, auch Druckerzeugnisse der anderen Lager studieren zu können.

Für Ungarn wurden "Magyar Hírlap", eine liberale Tageszeitung, und "Magyar Narancs", ein der neuen Jugend- und Alternativbewegung nahestehendes Wochenblatt, als Quellen benutzt. Bei einem anderen Projekt, bei dem drei Tages- und zwei Wochenzeitungen zwischen 1989 und 1994 ausgewertet wurden, wurde für das Jahr 1993 fast ein Drittel mehr PE nachgewiesen. Für vergleichende Trendanalysen ist aber auch dieses kleinere Sample als Pilotprojekt geeignet. "Magyar Hírlap" war im Kommunismus ein Organ der Regierung, aber nach der Privatisierung durch einen ausländischen Eigentümer, der der Redaktion relativ großen Spielraum bei der Gestaltung eines neuen Profils gewährte, ist es zunehmend zu einer kritisch-liberalen, gegen die christlich-liberale Antall-Regierung gerichteten Stimme geworden. "Magyar Narancs" war eine Neugründung mitten im Systemwechsel und stand anfänglich dem "Bund der Jungen Liberalen" (Fiatal Demokraták Szövetsége), einer alternativ-liberalen Jugendpartei und -bewegung sehr nah, aber mit der Professionalisierung und Institutionalisierung dieser Partei hat sich die Zeitung als ein alternatives Wochenblatt, das ein wenig an die frühere TAZ erinnert, etabliert und sich sowohl politisch als auch wirtschaftlich völlig von der Partei gelöst.

In der Slowakei gab es keine entsprechende Wochenzeitung, deswegen wurden die liberal orientierte "Narodna obroda" als maßgebliche Tageszeitung und die im Februar 1993 gestartete "Sme", eine alternative, auf die Jugend ausgerichtete politische Tageszeitung, als Quellen gewählt. Beide sind Neugründungen und hatten Vorgänger in der kommunistischen Medienlandschaft, wie z.B. "Smena", Organ des kommunistischen Jugendverbandes im Falle von "Sme". In einer ergänzenden Untersuchung wurde in der Slowakei die Tageszeitung der ungarischen Minderheit "Uj szó"/Novy misl" ausgewertet, in der deutlich mehr PE für das Jahr 1993 dokumentiert waren. Um den Vergleich nicht zu verzerren, d.h. für die Slowakei nicht drei statt zwei Tageszeitungen zu erfassen, wurden auch späterhin nur die beiden erwähnten slowakischen Tageszeitungen bearbeitet. Die in der "Uj szó" erwähnten PE sind nur in der Tabelle 1 zum Vergleich angeführt.

Für Slowenien sind die Tageszeitung "Delo" und als Wochenzeitung "Mladina", eine alternative Jugendzeitschrift, ausgesucht worden. "Delo" ist gewerkschaftsnah, berichtet viel über Arbeitskämpfe und hat ein parteiungebundenes politisches Profil. "Mladina" war Organ der kommunistischen Jugendorganisation, hatte sich aber schon vor 1989 der alternativen Jugendkultur, aber auch Protestkulturen geöffnet und war deshalb im früheren Jugoslawien als eines der offensten Blätter berühmt. Ihre alternativ-liberale Einstellung behielt die Zeitschrift auch nach dem Systemwechsel bei.

Alle ausgewählten Zeitungen waren in dem Untersuchungsjahr 1993 nicht regierungsnah, sondern gegenüber der jeweiligen Regierung eher oppositionell eingestellt. Daher ist davon auszugehen, daß diese Zeitungen gern und ausgiebig über Proteste berichtet haben. Natürlich wäre ein größeres Sample besser gewesen, das Projekt ließ dies aber nicht zu. Über die Art der Berichterstattung der ausgewerteten Presse haben die Mitarbeiter des Projekts Berichte angefertigt, die als wertvoller Hintergrund der Untersuchung dienen.

Die Auswertung der Quellen erfolgte anhand eines Kurzfragebogens (12 Fragen) für jedes PE bzw. anhand eines detaillierten, aus 72 Fragen bestehenden Fragebogens für einige ausgewählte, nach Teilnehmerzahl, Protestdauer oder Intensität "größere" PE, wie z.B. Straßenblockaden. Der kurze Fragebogen setzte sich aus folgenden Punkten zusammen: Veranstalter des PE, Organisationen bzw. Gruppierungen, Ziele des Protests, die Konfliktauslöser, Ort und Dauer der PE, angewendete Aktionsform, Legalität bzw. Illegalität, Gewaltanwendung oder Gewaltlosigkeit, öffentliche Reaktion auf die Proteste, durch die Aktion erzielte Effekte oder Ergebnisse. Der längere Fragebogen, der von Grzegorz Ekiert und Jan Kubik bei dem Projekt "Strategien kollektiven Verhaltens in der Demokratisierung" verwendet wurde, behandelte dieselben Fragen, ging aber in verschiedenen Teilaspekten mehr ins Detail: Bei der Angabe "soziale Herkunft der Akteure" standen 25 Kategorien zur Auswahl, bei der Aktionsform eine Skala mit einigen Dutzend Kategorien für verschiedene Formen von Gewalt gegen Menschen bis hin zu symbolischen Aktionen. Alle Fragebögen wurden nach ausgewählten Aspekten (Dauer, Teilnehmerzahl, Protestart, Ziele, soziale Herkunft, finanzierende bzw. initiiierende Organisationen, Legalität, Adressaten des Protests, deren Reaktion, Aktionen bzw. Interventionen von Behörden, Durchführung von Verhandlungen zwischen den Teilnehmern, Gegenproteste von anderen Gruppierungen) kodiert und in eine Datenbank eingegeben.

Die Auswertung wurde von Ungarisch sprechenden Studenten/innen der Eötvös-Loránd-Universität, Budapest, aus Slowenien und der Slowakei vorgenommen, die in Ungarn studieren. Der ungarische Teil der Untersuchung wurde von einer ungarischen Studentin der Politikwissenschaften durchgeführt. Zu jedem PE sind Fotokopien der Fragebögen als Kontrolle angelegt worden. Kontrolle, Kodierung, Computererfassung, Tabellenerstellung und Interpretation nahm Máté Szabó vor. Die Ergebnisse des Projekts sind in Seminaren und Workshops sowie mit Kollegen aus den untersuchten Ländern diskutiert worden.

4. Quantitative Aspekte des Protests

Tabelle 1: PE pro Monat 1993

Monat	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Ungarn (insgesamt 96)	11	11	8	11	8	9	8	6	9	5	7	3
Slowakei (insgesamt 42)	1	2	8	6	6	5	4	2	0	3	5	0
Slowakei* (insgesamt 97)	15	12	8	3	9	7	8	5	6	5	10	9
Slowenien (insgesamt 112)	10	9	14	10	11	6	10	10	12	8	5	7

* Alternative Angaben durch die zusätzliche Auswertung der Tageszeitung der ungarischen Minderheit "Uj szó".

In der Tabelle 1 ist die addierte Zahl der PE, nach Monaten gegliedert, aufgeführt. Die PE sind dem Monat zugeordnet, in dem sie begonnen haben. Die Tabelle sagt nichts über die PE-Dauer aus, die von kurz bis zu mehrmonatig variiert.

Tabelle 2: Durchschnittsdauer des Protests

	Ungarn	Slowakei	Slowenien
PE insgesamt	96	42	112
8 Stunden oder weniger	41	25	19
1 Tag	3	1	1

2-7 Tage	8	7	17
8 Tage-1 Monat	13	6	7
länger als 1 Monat	5	2	5
andere Formen (Briefe, Deklarationen)	23	1	50
keine Angaben	1	0	13
durchschnittliche Dauer (in Tagen)	7	6	10

Die PE wurden nach Dauer in fünf Kategorien unterteilt. Nach der Addition der PE-Gesamtzahl wurde die jährliche Durchschnittsdauer ermittelt. Slowenien hat die längste PE-Dauer, Ungarn liegt in der Mitte, und in der Slowakei dauert ein PE am kürzesten.

Tabelle 3: Durchschnittliche Teilnehmerzahl (pro PE)

		Ungarn	Slowakei	Slowenien
PE insgesamt		96	42	112
01.	0-20	11	7	5
02.	21-200	13	7	20
03.	201-500	11	6	9
04.	501-1.000	3	3	4
05.	1.001-2.000	7	2	3
06.	2.001-10.000	4	5	7
07.	über 10.000	8	3	8
99.	keine Angabe	39	9	56

Geschätzte Teilnehmerzahl für die Kategorie:

01. = 10 05. = 1.500

02. = 100 06. = 5.000

03. = 350 07. = 15.000

04. = 750

Durchschnittliche Teilnehmerzahl	2.800	900	3.000
----------------------------------	-------	-----	-------

Die Untersuchung der PE-Teilnehmerzahl anhand von Presseberichten stellt ein Problem dar, denn die unterschiedlichen Angaben von Veranstaltern, in der Presse sowie von elektronischen Medien können sehr stark variieren. Viele Pressemitteilungen wollen überhaupt keine Informationen über Teilnehmerzahlen liefern, hieraus erklärt sich die überdurchschnittlich hohe Zahl der PE ohne Angaben. Unter diesem grundsätzlichen Vorbehalt sind die verschiedenen Kategorien gebildet worden, und die Gesamtzahl wurde addiert. Nach dem Vergleich mit der PE-Anzahl mit feststehender Beteiligung wurde die durchschnittliche Partizipationszahl pro Jahr und Land ermittelt. Die Ergebnisse der Berechnung sowie die durchschnittliche Teilnehmerzahl korrelieren weitgehend mit der Durchschnittsdauer. Slowenien liegt vorn, Ungarn folgt, und die Slowakei hatte 1993 die niedrigste Teilnehmerzahl.

Tabelle 4: Die Proteste in Relation zur Bevölkerungszahl

	Ungarn	Slowakei	Slowenien
Zahl der PE	96	42	112
Bevölkerung (in 100.000)	103	53	20
Anteil der PE in Relation zu 100.000	0,93	0,79	5,6

Absolute Zahlen eignen sich nicht für den PE-Ländervergleich. Die Zahl der PE sollte in Relation zur Größe des Landes bzw. der Bevölkerung gesetzt werden, damit dokumentiert werden kann, wie groß oder wie klein die Chance von 100.000 Menschen war, an einem PE teilzunehmen. Das Verhältnis zwischen PE-Anzahl und Population in Hunderttausend ergibt einen Schlüssel, mit dem die Intensität der Protestkultur in den drei ostmitteleuropäischen Ländern verglichen werden kann.

Die Intensität des Protests war 1993 in Slowenien am höchsten, wo 5,6 Menschen von 100.000 die Möglichkeit hatten, an einem PE teilzunehmen, während diese Zahl für Ungarn oder die Slowakei unter 1,0 lag.

Das kleinste Land des Samples war nach Anzahl, Dauer und Teilnehmerzahl das "unruhigste" (vgl. Tabelle 5). Als zweites und größtes Land folgte ihm, allerdings mit großem Abstand, Ungarn, dann kam die Slowakei mit etwas niedrigeren Werten. Die Slowaken waren 1993 also die "ruhigste" Nation, und die Ungarn lagen in der Mitte.

Tabelle 5: Dauer, Teilnehmerzahl, PE in Relation zur Bevölkerung im Vergleich

	Ungarn	Slowakei	Slowenien
Anzahl der PE	96	42	112
durchschnittliche Dauer (Tage)	7	6	10
durchschnittliche Teilnehmerzahl	2.800	900	3.000
PE im Verhältnis zur Bevölkerung (100.000)	0,93	0,79	5,6

Diese Bestandsaufnahme läßt sich durch Langzeituntersuchungen sicherlich erweitern und verfeinern. Gründe für diese Unterschiede sind wahrscheinlich in der relativen Liberalität des früheren Jugoslawien und insbesondere Sloweniens im Vergleich zu den anderen Ostblockländern zu suchen: Dort wurden zum Beispiel Streiks schon sehr viel früher und häufiger praktiziert als in den beiden anderen Vergleichsländern.¹⁸ Die Slowakei ist nach einem lang währenden Konflikt zu einem Nationalstaat geworden,¹⁹ was in der ersten Zeit einen relativ großen Konformitätszwang auf mehrere potentielle Protestgruppen, wie z.B. Gewerkschaften, ausübte. Andere Interpretationen gehen von der - verglichen mit der "ideologisch" gestützten christlichen bzw. nationalistischen Regierung Ungarns bzw. der Slowakei - relativ "offenen" slowenischen Regierungskoalition aus. Politische Offenheit oder relatives Einvernehmen politischer Koalitionen trägt nach westlichen Erfahrungen zur Mobilisierung oder Demobilisierung des Protests bei.²⁰

¹⁸ Danica Fink-Hafner, Slovenia in a process of transition to political democracy, in: Adolf Bibic/Gigi Graziano (Ed.), a.a.O., S. 387 ff.

¹⁹ Sabrina P. Ramet, The reemergence of Slovakia, in: Nationalities papers, Jg. 22, Nr. 1, 1994, S. 99 ff.

²⁰ Herbert Kitschelt, Political opportunity structures and political protest, in: British Journal of Political Science, Jg. 16, Nr. 1, 1987.

5. Die Organisation und Finanzierung des Protests

Unter mehreren Aspekten wurde die Organisation des Protests als zentraler Analysepunkt unserer Untersuchung ausgewählt. Dies beruht darauf, daß Zeitungen über Veranstalterorganisationen meist ausführlich informieren und der Organisationsgrad mehrfach ausgewertet werden kann.

Haben Organisationen die PE geleitet oder finanziert?

Tabelle 6: Organisierte und nicht organisierte PE

	Ungarn	Slowakei	Slowenien
PE insgesamt	96	42	112
keine Organisation	10,4%	33,3%	25,8%
eine oder mehrere Organisationen	86,4%	66,7%	71,4%
keine Angaben	3,1%	0	2,6%

Die PE waren in Ungarn am häufigsten und in der Slowakei am wenigsten organisiert, d.h., Spontaneität des Protests ist für die Protestkultur dieses Landes besonders charakteristisch. Slowenien steht zwischen der "organisierten" Protestkultur Ungarns und der "unorganisierten" der Slowakei.

Tabelle 7: Zahl der Organisationen, von denen PE geleitet oder finanziert wurden

	Ungarn	Slowakei	Slowenien
Zahl der Organisationen	107	41	92
Zahl der organisierten PE	83	28	80
Verhältnis zwischen den beiden Werten	1,28	1,46	1,15

Vergleicht man die Anzahl der den Protest anführenden oder finanzierenden Organisationen mit der Zahl der organisierten PE, so ist eine relative Ähnlichkeit der organisatorischen Dichte festzustellen. Ungarn liegt in dieser Hinsicht in der Mitte.

Obwohl sich die organisatorische Dichte des Protests in den drei Ländern nur geringfügig unterscheidet (Tab. 7), ist trotz aller Unterschiede im Organisationsgrad (vgl. Tab. 6) doch ein sehr hoher Prozentsatz organisierten Protests auszumachen. Stellen wir diese Zahlen doch der kommunistischen Vergangenheit gegenüber, als es wegen des Organisationsmonopols der Kommunisten und ihrer Satellitenorganisationen nur spontanen unorganisierten Protest geben konnte. Wird die Kürze der organisatorischen Freiheit der Länder auf diesem Gebiet in Betracht gezogen, so sind die PE in allen drei Ländern in erstaunlichem Maße hochorganisiert. Wird eine Zunahme spontaner PE mit Gefährdung der Institutionalisierung und der bestehenden demokratischen Ordnung gleichgesetzt und der öffentliche Organisationsgrad des Protests als Indikator einer vorhandenen organisierten "Zivilgesellschaft" betrachtet, so stellen sich die hochorganisierten Protestkulturen der drei Länder als Beitrag zur Demokratisierung und Stabilisierung des postkommunistischen Systems dar.

Tabelle 8: Arten der Organisationen, von denen PE geleitet und finanziert wurden

	Ungarn	Slowakei	Slowenien
PE insgesamt	107	41	92
politische Parteien (im Parlament)	2,9%	7,3%	2,2%
Organisationen der Zivilgesellschaft	97,1%	92,7%	97,8%

Tabelle 8 wirft ein Licht auf die Organisationstypen, die am Protest partizipieren. Sie sind in zwei Kategorien eingeteilt: im Parlament vertretene politische Parteien und alle sonstigen "zivilen" Organisationen. Die Kategorie der Parteien ist auf diejenigen mit Sitz im Parlament eingeschränkt worden, weil sich im postkommunistischen Osteuropa sehr viele Organisationen nur deshalb als "Parteien" bezeichnen, weil sie sich von dieser Organisationsform Vorteile (staatliche Unterstützung) versprechen, jedoch keineswegs als funktionsfähige politische Parteien gelten können.²¹ Politische Parteien in diesem eingeschränkten Sinn haben in den untersuchten Ländern im Hinblick auf die Protestkultur zwar marginale Bedeutung, nehmen aber am Protest teil. Unter dem Gesichtspunkt demokratischer Stabilität ist es erfreulich, daß Parteien mit Sitz im Parlament ihre Aktivitäten vordergründig im institutionalisierten Bereich der Politik entfalten und sich nicht gezwungen sehen, sich allzusehr in außerparlamentarische Protestkundgebungen einzumischen. Außerparlamentarische Proteste parlamentarischer Parteien in großem Ausmaß wären ein Indikator dafür, daß zwischen Parlament und Parteien Funktionsprobleme bestehen. Dies läßt sich am Fall der Slowakei - als Ausdruck der größten außerparlamentarischen Konfrontation zwischen Regierung und Opposition - dokumentieren, wo die Opposition, insbesondere die Parteien der ungarischen Minorität, die fehlende parlamentarische Effektivität im außerparlamentarischen Bereich zu kompensieren versuchen.²² Die Beteiligung parlamentarischer Parteien in Ungarn und Slowenien am Protest liegt weit unter der slowakischen. Der etwas höhere Wert in Ungarn ist vielleicht mit der Schärfe der politischen Konfrontation zwischen Regierung und Opposition zu erklären.²³ Die Beteiligung politischer Parteien am Protest ist insofern schwierig zu untersuchen, als einige Parteien ihre Partizipation über "Satellitenorganisationen" bzw. nahestehende Jugendverbände, Stiftungen usw. organisieren, die in der Tabelle als "zivile Organisationen" erfaßt sind, obwohl sie zuweilen als der verlängerte Arm einer Partei fungieren.

²¹ Bogdan Szajkowski (Ed.), *New political parties of Eastern Europe and the Soviet Union*, Essex 1991.

²² Darina Malova, *The development of Hungarian political parties*, in: Sona Szomolányi (Ed.), *Slovakia: Parliamentary elections 1994*, Bratislava 1995, S. 200ff.

²³ András Körösiényi, *Stabile or fragile democracy? Party system in Hungary*, in: *Government and opposition*, Jg. 28, Nr. 1, 1993, S. 87ff.

Tabelle 9: Zivile Organisationen, von denen PE geleitet oder finanziert wurden
(in % aller beteiligter ziviler Organisationen)

	Ungarn	Slowakei	Slowenien
Zahl der organisierten PE	104	38	90
außerparlamentarische Parteien	4,8	7,3	3,2
Gewerkschaften bzw. Gewerkschaftsverbände	28,0	24,3	39,1
Bauernverbände	1,8	2,4	3,5
Betriebsräte, Streikkomitees	0,9	7,3	32,6
Verbände	2,8	17,0	2,1
Jugendorganisationen	7,4	4,8	1,1
Organisationen ethnischer Minderheiten	2,8	4,8	1,1
Skinheads	1,8	0	0
Alternativbewegungen	14,0	7,3	1,1
lokale und regionale Organisationen	3,7	4,87	9,7
politische Bewegungen	14,9	4,87	0
Römisch-katholische Kirche	0	0	0
andere Religionsgemeinschaften	4,8	0	0
andere Organisationen	8,4	4,8	4,3
Netzwerke von Organisationen	0,9	2,7	0
insgesamt	97,1	92,7	97,8

Die Teilnahme ziviler Organisationen an PE liegt in den drei Ländern bei über 90%. Slowenische Organisationen sind am häufigsten beteiligt, dicht gefolgt von ungarischen und dann den slowakischen. Insgesamt unterscheiden sich aber die drei Werte nicht gravierend voneinander.

Innerhalb der Organisationen der zivilen Gesellschaft Ostmitteleuropas spielen die Gewerkschaften bei der Organisation von Protest nach unserer Untersuchung eine herausragende Rolle. Sie stehen in allen drei Ländern laut Tabelle 9 obenauf. Sloweniens Zivilgesellschaft ist am meisten "ökonomistisch": Wird den Gewerkschaften der Anteil von Streikkomitees und Betriebsräten hinzugezählt, kommt man auf einen mehr als 77prozentigen Anteil gewerkschaftsnaher Organisationen. Ungarische Gewerkschaften partizipieren weitaus weniger an Protestaktionen. Ihre Lage im Jahre 1993 war nämlich noch nicht so gefestigt wie in Slowenien; Streitigkeiten über das Vermögen der kommunistischen Gewerkschaften, über die gegenseitige Anerkennung von alten und neuen Gewerkschaften sowie über ihre Beteiligung an Fragen der Sozial- und Krankenversicherung wurden in Ungarn erst 1994 entschieden. Vorher gab es Konflikte zwischen Staat und Gewerkschaften sowie zwischen den Gewerkschaften untereinander, was die Legitimation der Gewerkschaftsbewegung untergrub.²⁴ Slowenien hatte schon in Jugoslawien²⁵ die meisten Erfahrungen mit Streiks und der Arbeiterselbstverwaltung gemacht und nach der

²⁴ László Bruszt, The Antall government and the economic interest groups, in: Csaba Gombár u.a. (Ed.), Balance: The Hungarian government 1990-1994, Budapest 1994, S. 212ff.

²⁵ Bogomil Ferfila/Paul Phillips, The rise and fall of the third way: Yugoslavia 1945-1991, Halifax 1992.

Wende das am weitesten gehende Streikrecht für Arbeitnehmer deklariert, einschließlich der legalen Okkupierung des Arbeitsplatzes. Gewerkschaften und Streikkomitees bzw. Betriebsräte spielen in der Slowakei eine noch geringere Rolle als in Ungarn. Dies ist auf den funktionierenden Mechanismus der "Tripartität", die konforme Haltung der Gewerkschaften gegenüber dem neuen Staat im ersten Jahr der Republik sowie das im Vergleich zu Slowenien und Ungarn enger gefaßte Streikrecht zurückzuführen.²⁶ Zusammenschlüsse von "white collar workers" spielen bei Protestaktionen in der Slowakei eine größere Rolle, anders als in den Vergleichsländern. Die von Mečiar geführte Regierung vertrat nicht die Anliegen liberal orientierter Intellektueller und Unternehmer,²⁷ weswegen Verbände von Unternehmern, Ärzten und anderen Mitarbeitern des Gesundheitswesens, Lehrer und Schüler, Hochschuldozenten und Studenten im Jahre 1993 große Protestaktionen veranstalteten.

Ungarns Zivilgesellschaft scheint bei der Organisation von Protest am stärksten politisiert zu sein, wenn man von der hohen Beteiligung politischer alternativer Bewegungen sowie Jugendorganisationen 1993 ausgeht (Tab. 9). In dieser Kategorie führt Ungarn vor den anderen beiden Ländern. Die Politisierung des zivilen Sektors ist mit der Lähmung der Gewerkschaften 1993 sowie der Schärfe des politischen Konflikts zwischen der damaligen, von József Antall geführten Regierung und den liberal orientierten intellektuellen Subkulturen zu erklären. Konflikte um die Religion spielten nur in Ungarn eine Rolle, als das Bestreben der Regierung, neu etablierte religiöse Freiheiten einzuschränken, Proteste auslöste. Ähnlich politisierte Konflikte entbrannten in Ungarn wegen politischer Kontrolle der Massenmedien und wegen Religionsunterrichts in der Schule.²⁸ Diese Konflikte trugen zu einer größeren Mobilisierung der politischen Bewegungen in Ungarn als in der Slowakei oder in Slowenien bei.

Eine verbreitete pauschale Annahme spricht von einer "unveränderten Wiederkehr der traditionellen Konfliktlinien der Zwischenkriegszeit in der postkommunistischen Politik" wie von einem aufgetauten Tiefkühlgericht.²⁹ In unserer Untersuchung ist weder eine Mobilisierung der katholischen Kirche noch eine größere Mobilisierung der Bauern mit Ausnahme Sloweniens nachzuweisen, wo es zu der größten nationalen Blockade durch protestierende Bauern kam. Die Abstinenz der katholischen Kirche vom Protest kann jedoch so interpretiert werden, daß sie in jeder der drei Regierungen starke politische Verbündete hat und auf Proteste gar nicht angewiesen ist. Die traditionellen Agrargesellschaften dieser Länder sind durch Kollektivierung und Industrialisierung bzw. Urbanisierung so sehr verändert worden, daß eine Wiederkehr des klassischen Streits der Zwischenkriegszeit - des zwischen "Urbanisten" und "Populisten" - den soziokulturellen Realitäten in den postkommunistischen Gesellschaften nicht mehr entsprechen würde. In den Subkulturen der Intellektuellen, insbesondere in Ungarn, wird dieser Konflikt aber weiterhin gepflegt.³⁰

Die eingefahrene, längst etablierte "cleavage" - der Konflikt um die ethnischen Minoritäten³¹ - lebt in den Protestkulturen der postkommunistischen Demokratien weiter, war aber in den untersuchten Ländern nicht dominant. Den stärksten Protest bekundeten die ethnischen Minderheiten in

²⁶ Sona Szomolányi, *Transformations of Slovak society*, Bratislava 1993, S. 40ff. Über das Streikrecht und Streiks in der Slowakei vgl. den Bericht in: *Magyar Hírlap*, 4.8.1995, S. 2ff.

²⁷ Sona Szomolányi, a.a.O., S. 33ff.

²⁸ Zoltán Farkas, *The Antall government's media policy*, in: Csaba Gombár (Ed.), a.a.O., S. 324ff; Miklós Tomka, *Changes in religious and church policy*, in: Csaba Gombár (Ed.), a.a.O., S. 267ff.

²⁹ Jacques Rupnik, *Eissschrank oder Fegefeuer*, in: *Transit*, Nr. 1, 1990, S. 132ff.

³⁰ Georg Schöpflin, *Conservatism and Hungary's transition*, in: *Problems of Communism*, Jg. 40, Nr. 1, 1991, S. 60ff.

³¹ Georg Brunner, *Nationalitätenprobleme und Minderheitskonflikte in Osteuropa*, Gütersloh 1993; Ingrid Oswald, *Nationalitätenkonflikte im östlichen Teil Europas*, Berlin 1993.

der Slowakei, wo Ungarn die größte Gruppe stellen und der Minoritätenstatus³² sehr umstritten ist. In Ungarn gibt es keine größeren, sich auf einem bestimmten Territorium³³ konzentrierenden Minderheiten, und die Proteste ethnischer Gruppen im Jahre 1993 stammten ausschließlich von Roma und Sinti und waren durch die Proteste und Gegenproteste von Skinheads ausgelöst, die 1993 nur in Ungarn nachzuweisen waren. So ist der ethnische Konflikt in Ungarn wohl eher ein Problem des urbanen Milieus und seiner politischen Subkulturen, bei dem Rassismus bzw. Antirassismus die Reaktion auf die Integrationsprobleme von Zigeunern und Ausländern sind. In Slowenien sind die Rechte der "staatstragenden Minoritäten" der Italiener und Ungarn verfassungsrechtlich verankert,³⁴ die Rechte von Roma und Sinti sind in einem separaten Gesetz deklariert. Dennoch protestierten in Slowenien Ungarn und Italiener 1993 für die Verwirklichung ihrer Rechte, wobei ihre Ansprüche fast durchgängig auf Ablehnung der slowenischen Mehrheit stießen.

Die allgemein relativ niedrigen Werte der Protestpartizipation von Religionsgemeinschaften, ethnischen Minderheiten und traditionellen Gruppen wie Bauern lassen positive Schlußfolgerungen über Modernisierung und Demokratisierung der Protestkulturen Ostmitteleuropas zu. Je weniger "distributive", ökonomisch und machtpolitisch motivierte Konflikte die Mobilisierung beherrschen, je geringer der Anteil von "symbolischen" Konflikten um religiöse, traditionelle, rurale, ethnische und kulturelle Identität ist, um so größer ist die Chance für eine Kompromißlösung zwischen den Protestakteuren und ihren Opponenten im politischen Konflikt.

Die meisten von außerparlamentarischen Parteien ausgetragenen politischen Konflikte gab es in der Slowakei, wobei dies in erster Linie Parteien der ethnischen Ungarn waren, die sich in ihrem Kampf für die Minderheitenrechte mit den ungarischen Parteien im Parlament verbündeten. Lokale und regionale Organisationen hatten den höchsten Anteil bei zivilen Protesten in Slowenien, wahrscheinlich aufgrund der Selbstverwaltungstradition des Landes noch aus dem ehemaligen Jugoslawien.³⁵

6. Vergleich der Auswirkung politischer Rahmenbedingungen auf die Protestkultur

Um das Verhältnis zwischen politischen Rahmenbedingungen³⁶, politischen Institutionen, politischer Kultur und Protestkultur in den drei Ländern vergleichen zu können, wurden verschiedene Aspekte ausgewählt, die bei der Auswertung der Forschungsergebnisse dienlich sein können:

- Inklusivität und/oder Exklusivität politischer Institutionen hinsichtlich der Proteste, was auch die Proteststrategie beeinflusst;
- Grad der Zentralisierung bzw. Dezentralisierung des politischen Systems, was sich wiederum in der Proteststrategie niederschlägt;
- Existenz von Elementen des "Korporatismus" im politischen Willensbildungsprozeß, die Institutionen und Protestierende gleichermaßen charakterisieren;

³² Sona Szomolányi (1993), a.a.O., S. 69ff.

³³ Albert Egyed, Nemzeti és etnikai kisebbségek Magyarországon, in: Sándor Kurtán/Péter Sándor/ László Vass (Hg.), Magyarország politikai evkönyve 1993, Budapest 1993, S. 293ff.

³⁴ Miro Cerar (Ed.), The constitution of the Republic of Slovenia, Ljubljana 1992, S. 34ff.

³⁵ Bogomil Ferfila/Paul Philipps, a.a.O.

³⁶ Sidney Tarrow, Kollektives Handeln und politische Gelegenheitsstruktur in Mobilisierungswellen, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 43, Nr. 4, 1991, S. 647ff.

- Grad der Konfrontation im Auftreten von Protestgruppen, der mit den Reaktionen der Behörden in Verbindung zu setzen ist, und/oder Grad der Konsensorientierung in den Aktivitäten der Konfliktpartner.

In den einzelnen Bereichen wurden die vier Werte anhand verschiedener Tabellen des Untersuchungsmaterials einander gegenübergestellt und die drei Länder in eine Rangordnung gebracht. In jeder Rubrik wurde ein Wert zwischen 1 und 3 vergeben. Die einzelnen Werte sind nach Ländern addiert worden und kennzeichnen so die Stellung des Landes in dem einzelnen Bereich. In jedem Bereich stellt sich die Protestkultur des einzelnen Landes in der dokumentierten Periode des Protestverhaltens anders dar, z.B. mehr oder weniger zentralistisch, mehr oder weniger konfrontativ. Anhand der Ergebnisse dieser Rangordnung wurde der Versuch unternommen, eine Typologie der Protestkulturen der drei Länder nach den vier Aspekten aufzustellen, die auf dem Zusammenhang zwischen Protestkultur und politischen Rahmenbedingungen basiert.

Grad der Inklusivität/Exklusivität der Institutionen hinsichtlich des Protests

In diesem Bereich wird verglichen, inwieweit politische und andere durch den Protest herausgeforderte Institutionen bereit sind, die aufgeworfenen Themen aufzugreifen oder doch eher zur Ausgrenzung sowohl der Protestierenden als auch deren Anliegen neigen. Die Tabelle führt zunächst "Responsivität" der Institutionen ein, d.h. die Relation zwischen den an sie gerichteten Ansprüchen und ihrer Reaktion bzw. der Adressaten des Protests darauf. Zweitens basiert sie auf dem Vergleich, inwieweit Ziele der Protestgruppen akzeptiert bzw. realisiert wurden. Drittens wird ein hoher Prozentsatz legaler Proteste als Indikator für größere Inklusivität der Institutionen betrachtet (vgl. Tab. 19), ebenso wie ein geringer Interventionsgrad der Behörden bei Protestaktionen (Tab. 20). Die Annahme lautet, daß je mehr Institutionen sich gegenüber Ansprüchen der Protestierenden öffnen, desto weniger Gewalt wird von Protestgruppen und der Polizei bzw. anderen Ordnungsorganen angewendet, und die Konflikte verlaufen im Rahmen der Legalität.

Tabelle 10: Inklusivität der politischen Institutionen

	Ungarn	Slowakei	Slowenien
höherer Wert der Responsivität von Institutionen	0,60	0,82	0,66
Rang des Landes	1	3	2
höherer Wert der erfüllten Ziele bzw. Forderungen (in % der PE)	19,7	26,1	32,1
Rang des Landes	1	2	3
höherer Anteil des legalen Protests (in % der PE)	90,6	69,0	78,5
Rang des Landes	3	1	2
niedrigerer Wert der Intervention von Behörden (in % der PE)	1,09	1,19	1,13
Rang des Landes	3	1	2
insgesamt	8	7	12

Vergleicht man die addierten Ergebnisse, so scheint das politische System Sloweniens das offenste zu sein, auch gegenüber politischem Protest. Das ungarische politische System hingegen weist etwas mehr Offenheit gegenüber den Anliegen von Protestgruppen auf als das slowakische.

Zentralisierung/Dezentralisierung der Institutionen und des Protests

In diesem Bereich wird der Frage nachgegangen, inwieweit zentrale politische Institutionen in der Responsivität bzw. als Adressaten von Protest dezentraler Organe ausgewogen vertreten sind. Es werden die Prozentzahlen der an die Zentralregierung adressierten Ansprüche den Zahlen "nationaler" landesweiter Protestaktionen gegenübergestellt. Beide Werte zeigen das Ausmaß, in dem sich Protestgruppen Unterstützung von der Zentralregierung, vom Land, vom Staat erhoffen, und darum diese als Adressaten wählen. Auch wird der Prozentsatz der Reaktionen von Staatsorganen allgemein sowie der Zentralregierung und ihrer Organe verglichen, dessen höhere Ziffer als Indikator für die Zentralisierung der Protestkultur gilt.

Tabelle 11: Zentralisierung der Reaktion auf die Proteste und bei den Adressaten der Proteste (in % der PE 1993 im jeweiligen Land)

	Ungarn	Slowakei	Slowenien
an die Zentralregierung adressierte Ansprüche	23,1	30,1	34,9
Rang des Landes	1	2	3
Proteste auf landesweiter Ebene	47,0	38,0	17,8
Rang des Landes	3	2	1
Prozentsatz der "Antworten" von Staatsorganen (% der Gesamtreaktionen)	51	62,7	58,7
Rang des Landes	1	3	2
Prozent der Antworten der Zentralregierung und ihrer Organe (% der Gesamtreaktionen)	35	62	45
Rang des Landes	1	3	2
insgesamt	6	10	8

Nach dieser Tabelle ist die Kommunikation zwischen Protestgruppen und Regierung in der Slowakei am umfangreichsten und intensivsten, so daß hier die "Zentralisierung der Protestkultur" am höchsten ist. Danach folgt Slowenien, während die Protestkultur und die politischen Rahmenbedingungen Ungarns im Vergleich zu den beiden Ländern am weitesten dezentralisiert sind. Die Unterschiede zwischen den Werten sind nicht gravierend, so daß bestätigt werden kann, daß Traditionen der Zentralisierung der politischen Kommunikation als allgemeiner Trend in den politischen Kulturen Ostmitteleuropas noch weitgehend lebendig sind.

"Korporatismus"

Konzepte über "Korporatismus" und "Neokorporatismus" sind in der sozialwissenschaftlichen Literatur umstritten.³⁷ Eine "korporatistische" Protestkultur wurde mit der am meisten "ökonomischen" Anspruchsstruktur, einer großen Zahl von Adressaten und Protestierenden in der Arbeitswelt und dem höchsten Prozentsatz von Verhandlungen zwischen Behörden und Protestierenden gleichgesetzt. Der "korporatistische" Charakter von Protestkultur und politischen Rahmenbedingungen wird in der folgenden Tabelle anhand der höheren Anzahl ökonomischer Protestanliegen aufgezeigt, die von Gewerkschaften artikuliert und an Wirtschaftsorganisationen sowie Arbeitgeber adressiert waren. Die Prozentzahl der Verhandlungen mit Protestierenden wird als Indiz für eine "Kultur des Konsens" und "bargaining" gewertet.

³⁷ Ulrich von Alemann (Hg.), Neokorporatismus, Frankfurt am Main 1981.

Tabelle 12: "Korporatismus" als Merkmal der Protestkultur (in % der PE pro Jahr)

	Ungarn	Slowakei	Slowenien
Rolle der Gewerkschaften bei der Organisation von PE (% der zivilen Organisationen)	28	24	39
Rang des Landes	2	1	3
Prozentsatz ökonomischer Ansprüche (% der Ansprüche)	33	44	63
Rang des Landes	1	2	3
Verhandlungen mit Protestgruppen (% der PE)	21	33	41
Rang des Landes	1	2	3
Prozentsatz des Managements als Adressat (% der adressierten PE)	11	7,4	35
Rang des Landes	2	1	3
insgesamt	6	6	12

Nach Tabelle 12 sind politische Kultur und Rahmenbedingungen in Slowenien am stärksten korporatistisch, in der Slowakei und in Ungarn befinden sie sich auf ähnlichen Niveau und weisen einen erheblich niedrigeren Grad an Korporatismus auf. Dieses Charakteristikum kann im Falle Ungarns mit der aktiven Rolle der politischen Parteien und anderer politischer Organisationen im politischen Willensbildungsprozeß und dem mit dem institutionellen Rahmen zusammenhängenden Handicap der Gewerkschaften und Verbände im untersuchten Zeitraum erklärt werden. Obwohl die institutionellen Rahmenbedingungen für korporatistische Strukturen in der Slowakei früher als in Ungarn entwickelt wurden, ist dieses Strukturmerkmal der politischen Institutionalisierung im Zusammenhang mit der Protestkultur - wahrscheinlich aufgrund des schon erwähnten rigiden Streikrechts - nicht signifikant.

Konfrontation-Konsens

Aggressivität der Protestformen, Gegenmobilisierung, "counterprotest" anderer Gruppierungen gegenüber den Protestierenden, Vorhandensein bzw. Intensität ethnischer Konflikte in den Protesten und die Einmischung von Behörden in den Protest wurden als Indikatoren für "konfrontativen" Stil in der Protestpolitik gewählt. Der Index durchschnittlicher Aggressivität von Protesten (mean disruption index) ist nach Sidney Tarrow berechnet worden, der ihn in seiner schon klassisch zu nennenden Studie über Protestpolitik in Italien vorstellt.³⁸ Gewalttätige Formen des Protests erhalten den Wert 3, nicht gewalttätige, aber die öffentliche Ordnung störende Formen den Wert 2, nicht gewalttätige und die öffentliche Ordnung nicht störende Formen den Wert 1. Als Indiz für die Aggressivität des Protests gilt, ob der Protest illegal oder legal durchgeführt wird und ob er die öffentliche Ordnung gefährdet. (Zum Beispiel wird diese durch Demonstrationen gestört, aber nicht durch Petitionen.) Die Aggressivitätswerte aller Protestformen pro Jahr werden addiert und mit der Zahl der PE verglichen, so daß dort, wo gewalttätige und aggressive Protestformen häufiger vorkommen, der Aggressivitätsindex höher ist

³⁸ Sidney Tarrow, *Democracy and disorder. Protest and politics in Italy 1965-1975*, Oxford 1989, S. 81ff.

(vgl. Tabelle 18). Ähnlich kommt der Interventionsindex von Behörden zustande. Interventionen der Machtorgane mit Anwendung von Gewalt bekommen den Wert 3, Interventionen ohne Gewalt den Wert 2 und ausbleibende Interventionen den Wert 1. Der pro Jahr addierte und mit der Gesamtzahl der PE verglichene Wert ist dort höher, wo mehrere und "schwerere" Eingriffe der Behörden stattgefunden haben (Tabelle 20). Der Aggressivitäts- und der Interventionsindex sind Indikatoren für den "Schärfegrad" der Konflikte. Ethnische Konflikte wirken sich in Ostmitteleuropa zumeist verschärfend aus, so daß ihr Vorhandensein als Indikator im Bereich Konfrontativität des Protests in der folgenden Tabelle aufgenommen wurde.

Tabelle 13: Konfrontativität des Protests

	Ungarn	Slowakei	Slowenien
Aggressivitätsindex	1,4	1,6	1,5
Rang des Landes	1	3	2
Prozentsatz der Gegenproteste (% der PE)	10,4	4,7	5,3
Rang des Landes	3	1	2
Teilnahme ethnischer Organisationen am Protest (% der zivilen Organisationen)	2,8	4,8	1,1
Rang des Landes	2	3	1
Interventionsindex der Behörden	1,09	1,19	1,13
Rang des Landes	1	3	2
insgesamt	7	10	7

Nach Tabelle 13 ist die Protestkultur in der Slowakei die konfrontativste. Slowenien und Ungarn stehen auf ungefähr derselben, etwas weniger konfrontativen Ebene. In der Slowakei ist der ethnische Protest am stärksten verwurzelt; auch in den anderen Werten stellt sich die politische Kultur des Landes als die am ehesten gewalttätige dar. Nach der Untersuchung von 1993 war die Protestkultur in der Slowakei die am wenigsten konsensorientierte der drei Länder. In Ungarn und in Slowenien gibt es viel weniger ethnische Konflikte, eine geringere Gewaltbereitschaft der Protestierenden und geringere Einmischung seitens der Behörden. Es stehen längerfristige Daten aus den Jahren 1989-1994 aus Ungarn zur Verfügung, die aus einem Projekt der Harvard University, das von Grzegorz Ekiert und Jan Kubik durchgeführt wurde, stammen und die Stabilisierung der konsensorientierten Protestkultur bis Ende 1994 nachweisen.

7. *Typologie der Protestkulturen Ostmitteleuropas*

Hinsichtlich der Typologie ist anzumerken, daß es sich hier um Unterschiede im selben Protestkulturtypus handelt. Im allgemeinen sind gewalttätige und illegale Formen des Protests sowie gewalttätige Einmischung von Behörden in den Protestkulturen der drei Länder gering (vgl. Tabellen 15, 16, 17 und 19). Gewaltlosigkeit, Konsensorientierung, geringe Radikalität und durch den politischen Rahmen bedingte Zentralisierung sind nach unserer Untersuchung allgemeine Trends in den Protestkulturen Ostmitteleuropas. Bei der Typologie geht es um graduelle Unterschiede innerhalb eines eher ähnlichen Typs von Protestkultur im postkommunistischen Ostmitteleuropa, die angeblich - da bislang vergleichbare Untersuchungen fehlen - anders beschaffen sein soll als die in südosteuropäischen und osteuropäischen postkommunistischen Staaten, aber auch in westlichen Demokratien.

Der Vergleich der Protestkulturen unter den ausgewählten Aspekten im Verhältnis zu politischen Rahmenbedingungen ergibt die in der Tabelle 14 dargestellten Werte.

Tabelle 14: Typen von Protestkulturen in Relation zu politischen Rahmenbedingungen

	Inklusivität	Zentralisierung	Korporatismus	Konfrontativität
Ungarn	8	6	6	7
Slowakei	7	10	6	10
Slowenien	12	8	12	7

Bei der Interpretation der Werte wird davon ausgegangen, daß stärkere Inklusivität/Korporatismus für Konsolidierung und Stabilisierung des demokratischen Systems stehen. Stärkere Zentralisierung/Konfrontation hingegen sind bei der Konsolidierung und Stabilisierung der Demokratie kontraproduktiv. Organisierte Konflikte "ökonomistisch"-distributiver Art, mit hoher Verhandlungskultur und Kooptation aus den Protestgruppen ermöglichen die Integration der Protestkultur in eine demokratische politische Kultur.³⁹ Das Beispiel Sloweniens belegt, daß trotz des in jeder Hinsicht höchsten Grades politischer Proteste diese durch ihre "ökonomistische", organisierte Art sowie die Verhandlungsbereitschaft von Behörden und Protestierenden nicht zu einem Hindernis für demokratische Stabilität des Landes werden.

Zentralisierte, auf die Dominanz der Zentralregierung bauende Strukturen lassen die Protestgruppen und die Regierung in direkten Konflikt miteinander treten, ohne daß es zu einer ausbalancierenden Wirkung verschiedener intermediärer Institutionen zwischen den Konfliktpartnern kommt. Der höhere Grad der Zentralisierung zeigt, daß die "Entstaatlichung" verschiedener gesellschaftlicher Teilbereiche in den postkommunistischen Systemen bislang ausgeblieben ist, daß die sozialen und ökonomischen Rahmenbedingungen der politischen Gewaltenteilung und des Pluralismus noch nicht ausgebaut sind. Die Zentralisierung ist ein Überbleibsel des Kommunismus in den politischen Strukturen des Postkommunismus.

Ein konfrontativer Stil der politischen Konfliktlösung mit einem höheren Prozentsatz der Gewalt seitens der Protestgruppen und der Behörden, mit starken ethnischen Konflikten wirkt einer Stabilisierung pluralistischer Demokratie im Postkommunismus entgegen.⁴⁰ Diese Tendenz gefährdet die gesellschaftliche Machtteilung und die Institutionalisierung von Konflikten. Protestkulturen zentralisierter und aggressiver Art können nicht als Ausgangspunkt zivilgesellschaftlicher Demokratisierung dienen, wie im Falle der Slowakei. Dort stehen geringer Inklusivität von Institutionen und schwach vorhandenem Korporatismus hohe Aggressivität und Konfrontativität des Protests sowie Zentralisierung der politischen Rahmenbedingungen gegenüber. Und obwohl die Protestaktionen quantitativ gering sind, wirken sie sich dennoch kontraproduktiv auf Stabilisierung und Konsolidierung des demokratischen Systems aus. Wie am Beispiel der Slowakei und Sloweniens abzulesen ist, ist nicht das Ausmaß der Protestaktivitäten, sondern die qualitative Beschaffenheit der Protestkultur und ihr Verhältnis zu den politischen Rahmenbedingungen das wichtigste Element für die Einstellung gegenüber der Demokratisierung und Stabilisierung. Der quantitativ geringe, aber gewaltsame und konfrontative Protest in der Slowakei steht einem zahlenmäßig größeren, allerdings gewaltfreien Protest in dem offeneren institutionellen Rahmen Sloweniens gegenüber.

³⁹ Wolfgang Merkel, Wandel der Systeme: Probleme, Erfahrungen, Grenzen, in: Internationale Politik, Jg. 50, Nr. 6, 1995, S. 7ff.

⁴⁰ Hans Dieter Klingemann/Jürgen Lass/Katrin Mattusch, Nationalitätenkonflikte und Mechanismen politischer Integration im Baltikum, FS-III 94-205 WZB, Berlin 1994.

Ungarn ist ein spezifischer Fall, der zwischen den beiden Typen - stärkere Inklusivität/Korporatismus in Slowenien, stärkere Zentralisierung/Konfrontativität in der Slowakei - liegt. Stärkere Inklusivität/Konfrontativität sind in der ungarischen Protestkultur anhand der Untersuchung über das Jahr 1993 festzustellen, die Werte für Zentralisierung/Korporatismus liegen in Ungarn auf einer niedrigen Ebene. Die Inklusivität politischer Institutionen bei Protesten und das Fehlen einer territorial verwurzelten ethnischen Konfliktstruktur lassen im Falle Ungarns zu, daß die konfrontative, politisierte Mobilisierung politischer Konflikte friedlich institutionalisiert und gewaltfrei in die politische Kultur der Demokratie kooptiert wird. Nach den hier vorgestellten Untersuchungsergebnissen sind die politischen Rahmenbedingungen Ungarns weniger korporatistisch als die von Slowenien und weniger zentralisiert als die der Slowakei. Eine Vielfalt an politischen Organisationen und staatlichen Organen funktioniert in der ungarischen Politik auf der Ebene intermediärer Institutionen im Vergleich zur dominierenden Rolle von Gewerkschaften in Slowenien und zentraler staatlicher Organen in der Slowakei. Die Kombination von Inklusivität und konfrontativem Stil verlagert die Akzente auf Parteien, Parlament und andere politische Organisationen der Zivilgesellschaft. Die Konfliktstrukturen in Ungarn sind eher auf politische Forderungen ausgerichtet, an denen politische Organisationen beteiligt sind, allerdings werden die Konflikte durch einen hohen Organisationsgrad, Gewaltlosigkeit und Legalität der Protestaktionen entschärft.

Anhang

Tabelle 15: Protestformen (in % der Form)

	Ungarn	Slowakei	Slowenien
alle Formen (100%)	142	70	171
gewalttätige Form	0	2,8	4,6
Störung der öffentlichen Ordnung (ohne Gewalt)	45,0	54,2	48,5
keine Störung der öffentlichen Ordnung	51,4	42,8	45,6
andere	3,5	0	1,1
ohne Angabe (PE insgesamt)	0	0	1
PE insgesamt	99,9	99,8	99,8
PE insgesamt	96	42	112
alle Formen in Relation zu den PE	1,47	1,66	1,52

Tabelle 16: Rangfolge der Protestformen in allen drei Ländern zusammen (in % aller Formen)

insgesamt (100%)	383	Formen
Demonstration, Marsch	23,2	
Deklarationen, offene Briefe	20,1	
Gefährdung mit Protestaktionen	15,1	
Streik	13,5	
Blockade	6,0	
symbolische Manifestation	4,1	
Hungerstreik	3,3	
legale Aktionen (z.B. Prozeß, Referendum)	2,0	
Versammlungen	2,0	
Besetzung von öffentlichen Gebäuden	2,0	
Weigerung, rechtlich verbindlichen Normen zu folgen	1,8	
andere	1,8	
Gewalt gegen das Management	1,5	
Besetzung des Arbeitsplatzes	1,5	
Verletzung von Personen	1,0	
Boycott	0,2	
insgesamt	99,8	

Tabelle 17: Die bei Protesten angewendeten Formen der Gewalt (in % aller Formen)

	Ungarn	Slowakei	Slowenien
Formen insgesamt	142	70	171
Gewalt gegen Sachen (Sabotage, Diebstahl, Vernichtung)	0	0	0
Gewalt gegen das Management (Verhinderung der Ausführung von Verpflichtungen)	0	1,4	2,9
Gewalt gegen Personen	0	1,4	1,7
Gruppenkonfrontation mit Gewaltanwendung	0	0	0
Aufstand, Ausschreitungen (mit Gewalt gegen Sachen und Personen)	0	0	0
Revolution, Bürgerkrieg, Partisanen- bzw. terroristische Aktionen	0	0	0

Tabelle 18: Durchschnittlicher Aggressivitätsindex

	Ungarn	Slowakei	Slowenien
Formen insgesamt	142	70	171
gewalttätige Formen	0	2	8
Störung der öffentlichen Ordnung ohne Gewalt	64	38	83
keine Störung der öffentlichen Ordnung	73	30	78
andere	5	0	2
keine Angabe (insgesamt PE)	0	0	1
alle Formen in Relation zu allen PE	1,47	1,66	1,52
Aggressivitätsindex	1,41	1,60	1,56

Tabelle 19: Vergleich der Illegalität

Waren die Protestaktionen legal, d.h., sind sie in Übereinstimmung mit den bestehenden legalen Normen durchgeführt worden?

	Ungarn	Slowakei	Slowenien
PE insgesamt	96	42	112
Nein	4	12	16
Ja	87	29	88
illegal begonnen, später von den Behörden anerkannt	0	0	0
legal begonnen, sich dann zu illegalen entwickelt	4	1	2
Legalität fraglich	1	0	3
keine Angabe	0	0	3
Illegalitätsindex	1,13	1,59	1,33

Tabelle 20: Intervention von Behörden

Haben Behörden (z.B. die Polizei) interveniert und wie?

	Ungarn	Slowakei	Slowenien
PE insgesamt	96	42	112
keine Intervention	88	33	100
Intervention ohne Gewaltanwendung	7	4	5
Intervention mit Gewaltanwendung	1	2	5
keine Angabe	0	3	2
Interventionsindex	1,09	1,19	1,13

Máté Szabó

**Political Protest and Citizen Action
as Depicted in the Slovak, Slovenian and Hungarian Press in 1993**

Bericht des BIOst Nr. 24/1996

Summary

Introductory Remarks

In post-Communist systems, political protest is sometimes viewed as a destabilizing factor for democracy and the market economy. Although some protest movements are undoubtedly directed against democracy and the market economy, the "culture of protest" is in itself - with its peaceful articulation of a civil society's demands - a vital factor in encouraging citizen action and promoting democratic political culture in central and eastern Europe.

In order to study protest movements, studies of former Communist society were unable to apply research methods developed in the West that were based on an examination of press reports, since no free press had been allowed to develop. Socialist systems manipulated the press and mass media. Any reporting on political protests by journalists was taboo. Only in 1989 did a new protest culture begin to emerge in post-Communist countries, and only then did the new media landscape begin to report on these new forms of conflict and protest.

The present report has taken one daily newspaper each from Hungary, Slovakia and Slovenia for 1993 and documented all reports on protests which took place in these three countries during that time. From among the various databank entries available, the report analyses data on the duration, number of participants, percentage of overall population, and the organization of protests. A typology for each country has also been developed to define its respective protest culture and political framework.

Findings

1. The largest protest movements - in terms of duration and number of participants - can be documented for Slovenia, followed by Hungary and Slovakia. The most widespread form of protest in Slovenia, i.e. organized and economically oriented actions, poses less of a challenge than the altogether more modest but politically oriented protests in Hungary and Slovakia. There the culture of protest is shaped by major political conflicts between the respective governments, ethnic minorities and diverse political groups.
2. In all three countries protests are well organized, primarily by social organizations such as trade unions and other interest groups. The assumption that former political conflicts under Communism are being revived in post-Communist society can be confirmed by the mobilization of ethnic minorities and farmers, although the Church is not following this pattern. The research findings reveal ethnic disputes in eastern Europe, although not to such an extreme that they could lead to violent conflicts similar to those experienced in the successor states of the Soviet Union and Yugoslavia.
Using this indicator, which is characteristic to differing degrees for all three countries, the

culture of protest can be considered an integral part of the process of creating a democratic political culture.

3. The thesis which maintains that protest plays a marginal, even unnecessary, role in the process of institutionalizing and consolidating democracy must be revised. Negotiations, expressions of interest and mobilization are relevant aspects of political processes within a pluralistic society, because a great many organizations (parties, unions, associations, etc.) can take part. Political and social protest are key to assuring democratic stability and exercise a vital function in the process of political consensus-building.

The character and quality of the culture of protest depend to a large degree on existing political structures. The peaceful resolution of political and social conflicts is not only a fundamental concept and the basis of legitimacy for democratic institutions, it also helps to create a consensus-oriented culture of protest.

The report brings out inclusiveness versus exclusiveness, centralization versus decentralization, corporatism, and confrontation versus a consensus orientation as important indicators to be applied in the analysis and typology of protest cultures and political conditions. The example of Slovenia shows that intensive and broad-scale protest does not have to have a destabilizing effect if it is legal, conforms to the needs of the system and is consensus-oriented. By contrast, although there may be less protest in Slovakia, the form it takes is more aggressive and violent. It is hard to imagine how this sort of culture of protest can serve as an effective starting point for the democratization of society.

4. One of the key results of the present report is its successful documentation of the complex and differentiated structure of protest groups in the three countries. These groups have emerged over the past few years following the collapse of a system that severely persecuted all protest actions and reacted repressively to all forms of citizen action and protest. A great many social groups - from ethnic minorities to taxi drivers - are being mobilized and are protesting in a large number of ways to express their demands peacefully to those in power in the new democracies. This fact should be seen as a sign of democratic emancipation and as the result of a lengthy maturation process towards a politically democratic culture.

In accordance with Albert O. Hirschmann's famous categories, subjects of the former Communist system had only two options: either quasi-total conformity and loyalty or "exiting", i.e. emigration, sub-cultures, deviance, etc. However, citizens of the new democracies enjoy a legalized tolerance for "contradictions", the opportunity to express their demands regarding the existing socio-political order in a constitutionally anchored form and to publicly mobilize human and material resources to achieve established goals. The option of "exiting" - law-breaking, use of violence, etc. - is still available in post-Communist democracies, but is harder to legitimize today than it was under the old Communist order given the new institutionalized alternatives of "contradiction". For this reason, the protest movements of yesterday are being forced to adjust their strategies rapidly to new institutional and socio-political conditions.